

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/017

Chronik vom 22. Oktober 1962 bis zum 26. Oktober 1964

22.10.1962

Kuba: Die USA blockieren am 22. Oktober 1962 Kuba, um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen zu verhindern (internationale Kubakrise).

US-Präsident Kennedy berichtet am 22. Oktober 1962 während einer Fernsehansprache (x243/94): >>... Im Laufe der letzten Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß derzeit auf dieser unterdrückten Insel (Kuba) mehrere Anlagen für Angriffsraketen errichtet werden. Der Zweck dieser Anlagen kann nur darin bestehen, die Möglichkeit eines Atomschlags gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. ...

Wir werden das Risiko eines weltweiten Atomkriegs nicht voreilig ohne Not eingehen, ... wir werden dieses Risiko aber auch nicht scheuen, falls es zu irgendeinem Zeitpunkt eingegangen werden muß. ...<<

Nach 6 dramatischen Tagen lenkt die UdSSR fast im letzten Moment ein. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow verspricht schließlich, die bereits errichteten nuklearen Raketenstützpunkte wieder abzubauen.

Das US-Magazin "Newsweek" berichtet damals über die dramatische Phase der Kubakrise (x073/292): >>... "Als ich zum Kommandoposten (des Pentagon = Gebäude im US-Verteidigungsministerium in Arlington/Virginia) hinunterstieg", erinnert sich ein Luftwaffenhauptmann, "hatte ich ein Gefühl wie nie zuvor. Ich fragte mich, ob ich je meine Frau und meine Kinder wiedersehen würde. Ich fühlte, daß wir dem Krieg nahe waren". ...

Unten auf dem Boden des Raumes kontrollierten 7 Offiziere und Sergeanten den Druckknopf zum Kriege – die Leitungen, die das weltweite Überwachungssystem mit dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister und den vereinigten Stabschefs verbanden.

Ein Offizier und ein Sergeant trugen Pistolen vom Kaliber 38, gefährlich aussehende Dinger, mit abgeschnittenem, stupsnasigem Lauf und knöchernem Griff – Waffen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, jedes Mitglied des Teams zu erschießen, das unter dem seelischen Druck zusammenzubrechen oder den Krieg in einer hysterischen Panik vom Zaune zu brechen drohte. 2 Offiziere trugen Schlüssel mit Plastikschildern um den Hals.

Sollte Präsident Kennedy das Sirensignal mit Defcon 1 (Verteidigungsfall) geben, dann würden sie die Schlüssel von ihren Hälsen lösen, getrennte Schlösser von einem roten 60 mal

15 cm großen Kasten öffnen, 12,5 Quadratcentimeter große Plastikbeutel herausnehmen, sie öffnen und an alle strategischen Luftstreitkräfte von Alaska bis Guam, von Spanien bis England einen gleichlautenden Befehl erteilen: "Kriegsausbruch!" ("Go to war!")

"Wir kamen ungemütlich nahe daran, die Sirenen zu hören", sagte letzte Woche ein Offizier, der in jenen Tagen im Kriegssaal saß.

"Wenn Chruschtschow den falschen Zug gemacht hätte und eine seiner Mittelstreckenraketen auf unser Land gefeuert hätte, würden die strategischen Luftstreitkräfte sofort losgeschlagen haben."

Die Meldeschirme im Kriegssaal zeigten in jener Woche, daß 90 B-52-Bomber, beladen mit 25- bis 50-Megatonnen-Bomben, ununterbrochen über dem Atlantik kreisten und auf den Angriffsbefehl warteten. Auf dem Boden standen weitere beladene B-52, 800 leichte B-47 und 70 modernste B-58 Hustlers startklar. 8 Polaris-U-Boote im Nordatlantik hatten ihre 128 Raketen auf Rußland gerichtet. Im Mittelmeer und im Gelben Meer standen an Deck der Flugzeugträger der 6. und 7. Flotte nukleare Bomber bereit. Und in den USA standen 102 Atlas, 54 Titan und 12 Minuteman (interkontinentale Raketen) auf ihren Startrampen.

Dann zuckte Chruschtschow zurück. Die Männer im Kriegssaal atmeten tief durch: die Welt konnte eine Weile weiterleben. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Blockade Kubas (x068/322-323): >>... Im Sommer 1962 beschlossen Chruschtschow und Castro russische Raketen auf Kuba zu stationieren. Nun hatten zwar bisher die USA schon viele solche Basen im Ausland installiert, noch nie aber die Russen. Als verstärkte Aufklärungsflüge über Kuba im Herbst den Bau von Boden-Luft-Raketenbasen einwandfrei erwiesen, entschloß sich Kennedy schnell, die Raketen so oder so verschwinden zu lassen. Fieberhaft suchte das Weiße Haus nach einer Lösung und entschied sich für eine Seeblockade, um sowohl weitere Lieferungen zu verhindern als auch den Abzug bereits gelieferter Raketen zu erzwingen.

Am 22. Oktober brandmarkte Kennedy in einer Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit die Schaffung einer "nuklearen Schlagkraft gegen die westliche Hemisphäre". Er verlangte mit aller Entschiedenheit die Beseitigung der Bedrohung, den Abbau der Rampen, appellierte an Ministerpräsident Chruschtschow, "diesen Weg zur Weltherrschaft aufzugeben", und verhängte eine "Quarantäne" (ein milderer Ausdruck für Blockade, die eigentlich schon als Kriegshandlung gilt) für alle Waffenlieferungen nach Kuba.

Es war die gefährlichste politische Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ganze Welt befand sich in Erregung, man stand am Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges.

Bertrand Russell, der Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur (1950), nannte Kennedy "ruchloser als Hitler" und drahtete ihm: "Wir wollen keinen Massenmord. ... Stellen Sie diesen Wahnsinn ein". Chruschtschow bat er um weitere Entspannungsbemühungen und telegraphierte ihm: "Wir setzen unsere größte Hoffnung in ihre fortgesetzte Nachsicht"!

Der Kreml, durch die schnelle Entdeckung der Raketenbasen offensichtlich überrascht, gab seinen Willen zu einer friedlichen Regelung deutlich zu erkennen. Die in Kuba zunächst befindlichen sowjetischen Schiffe ändern ihren Kurs und drehen ab. Chruschtschow schreibt einlenkend an Kennedy. Dieser begrüßt postwendend "die Bekundung Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen".

Chruschtschow macht zwei Angebote zum Abbau der Raketenbasen, entweder keine (amerikanische) Landung auf Kuba oder Entfernung der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei. Kennedy entscheidet sich für das erste. Er verzichtet auf eine Invasion und bietet die Beendigung der Quarantäne an. Chruschtschow antwortet, daß die Waffen, "die Sie als offensiv bezeichnen", abgebaut und in die Sowjetunion zurückgebracht werden. Kennedy stimmt dieser Rückzug begreiflicherweise sehr zufrieden. Es ist der 28. Oktober ...<<

21.11.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtet am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>>**50 Jahre fehlen**

Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."

Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.

Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.

Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.

Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".

Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer währte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.

So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".

Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.

Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.

Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."

Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.

Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.

Dazu Landesschulinspektor Mayer: In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."

Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drim-

mel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."

An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarzes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa

- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."

- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."

- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."

Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.

Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

02.12.1962

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 2. Dezember 1962 während einer SED-Konferenz in Cottbus (x300/177): >>... Wir waren schon 1945 für eine konsequente Politik des Friedens, der Demokratie und der Einheit ganz Deutschlands ... obwohl wir nicht annahmen, daß die KPD unter diesen Bedingungen eine Mehrheit in Gesamtdeutschland bekommen hätte.

Damals waren wir eingestellt auf 10, 20, 30 Jahre. Wir haben uns bereit erklärt, das Risiko einzugehen, das selbstverständlich, mit einem so komplizierten Kampf unter den Bedingungen einer amerikanisch-britisch-französischen Besatzung in Westdeutschland verbunden war.<<

12.12.1962

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow erläutert am 12. Dezember 1962 in einer Rede vor dem Obersten Sowjet die These vom "Papiertiger" (x128/78): >>... Es ist natürlich richtig, daß sich die Natur des Imperialismus nicht verändert hat, und dennoch ist der Imperialismus heute schon nicht mehr das, was er früher war, als er ungeteilt über die Welt herrschte.

Wenn er heute ein "Papiertiger" ist, so wissen diejenigen, die so sprechen, daß dieser "Papiertiger" Atomzähne hat. Er ist in der Lage, diese Zähne zu gebrauchen, und man darf sich ihm gegenüber nicht leichtsinnig verhalten.

Es ist in den Beziehungen zu den imperialistischen Ländern möglich, gegenseitige Kompro-

misse einzugehen, andererseits muß man über alle Mittel verfügen, um die Aggressoren zu zerschmettern, wenn sie einen Krieg entfesseln sollten.<<

1962

BRD: Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schreibt im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist ent-

sprechen.

Im Jahre 1962 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x076/272-273, x069/208-209): >>Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) ... siegte die russische Auffassung von der deutschen Ostgrenze. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße wurde nicht als Besatzungszone anerkannt, - wie die Westmächte ursprünglich gewollt hatten -, sondern unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter russische Verwaltung gestellt. Die endgültige Regelung der Grenzen wurde einem später zu schließenden Friedensvertrag vorbehalten. ...

Die Westmächte hatten damit also ihre Zustimmung dazu gegeben, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße "vollendete Tatsachen" geschaffen wurden. Die Bestimmung, daß der endgültige Verlauf der Grenze erst in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden sollte, war ein "papierener Vorbehalt".

Die Vertreibung der Deutschen erfolgte auch nicht in menschlicher Weise; vielmehr sind etwa 2 Millionen Deutsche aus diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1947 umgekommen. ...

Die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam bestimmen in ihren Inhalten wie in ihren Folgen die Entwicklung Deutschlands bis heute. Die Konferenz hat tiefer in das Leben unseres Landes eingegriffen als der Versailler Vertrag; ihre letzten Folgen sind heute nicht absehbar.

Die Grenzziehung im Osten und die Austreibung von 8,8 Millionen Deutschen schuf das Flüchtlingsproblem und trübt bis heute das deutsch-polnische Verhältnis so stark, daß eine Klärung der deutschen Beziehungen zu Polen bisher nicht stattgefunden hat.

Die Übereinkunft der 3 Mächte, daß die Gebiete bis zu einer endgültigen Grenzziehung in einem Friedensvertrag lediglich unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen sollten, bestimmt heute den Standpunkt der deutschen Regierung. Doch wird die deutsche Forderung auf eine Neufestlegung der Grenze gegen Polen von den Alliierten nicht unterstützt.

Die Austreibung von fast 3 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer seit 1.000 Jahren von Deutschen bewohnten Heimat belastet bis heute das deutsch-tschechische Verhältnis. ...<<

>>... Die Angelsachsen versprechen, beim künftigen Friedensvertrag der Sowjetunion Königsberg und halb Ostpreußen zuzuerkennen. Sie nehmen auch hin, daß Stalin in der Zwischenzeit die deutschen Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße den Polen zur Verwaltung gegeben hat, behalten jedoch die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze der Friedenskonferenz vor.

Damals befinden sich noch Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie. Trotz der Atlantik-Charta beschließt die Konferenz, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Umsiedlungen, die stattfinden, in ordnungsgemäßer und menschlicher Weise vor sich gehen sollen".

Die genannten Staaten halten sich in keiner Weise an diese Beschlüsse. Die Austreibungen werden in der rücksichtslosesten Weise fortgesetzt. Im heutigen polnischen Machtbereich leben vielleicht noch 700.000 Deutsche (gegen 10,6 Millionen im Jahre 1938). ... Das Auslandsdeutschtum jenseits der alten Reichsgrenzen ist weitgehend vernichtet; von 2,1 Millionen Deutschen fehlt jede Spur.<<

Frankreich: Im Verlauf eines Militärprozesses berichtet ein Hauptmann im Jahre 1962 über die französischen Verhörmethoden in Algerien (x075/199): >>Ich erkläre unter Eid, daß Godot, ebenso wie etwa hundert andere Offiziere, damals den Befehl erhalten hat, die Folter anzuwenden, um Informationen zu bekommen. ...

Fragen Sie mich nicht, wer den Befehl gegeben hat. Aber ich weiß, was für einen Schlag dies dem Befehlsempfänger versetzt hat. ...

Warum hätten sie sich dem Befehl widersetzen sollen? Man hatte ihnen doch einen Zweck mit transzendenter Zielsetzung angegeben, man hatte es ihnen als einen Kreuzzug präsentiert.

Man hatte ihnen gesagt, der Zweck heilige die Mittel und der Sieg Frankreichs hänge davon ab.

Aber diese Rechtfertigung ist nichtig, wenn das Ziel nicht erreicht wird. Man hat das Gefühl entehrt worden zu sein, und diese Entehrung aus der Vergangenheit kommt wieder hoch. ...<<

Iran: Ein Erdbeben im Elbrus-Gebirge fordert im Jahre 1962 etwa 12.000 Todesopfer (x175/-60).

1963

In unserer Jugend schufteten wir wie Sklaven, um etwas zu erreichen, wovon wir im Alter sorglos leben könnten; und wenn wir alt sind, sehen wir, daß es zu spät ist, so zu leben.

Alexander Pope (1688-1744, englischer Dichter)

14.01.1963

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle erklärt am 14. Januar 1963 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/173-174): >>... (1961) stellte Großbritannien seinen Antrag um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Es tat das, nachdem es sich vorher geweigert hatte, an der Gemeinschaft teilzunehmen, als diese sich noch im Aufbau befand, und nachdem es mit sechs anderen Staaten eine Freihandelszone geschaffen und schließlich – man darf das wohl sagen, denn es sei nur an die langwierigen Verhandlungen erinnert, die diesbezüglich geführt wurden – Druck auf die Sechs ausgeübt hatte, um zu verhindern, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes zur Durchführung gelangen.

Dann erst ersuchte Großbritannien, in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden, jedoch nach seinen eigenen Bedingungen.

Das stellt ohne jeden Zweifel für jedes der sechs Länder und auch für Großbritannien sehr weitreichende Probleme. Großbritannien ist ein Inselstaat, ausgerichtet auf die See. Es ist durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedenen, oftmals weit entlegenen Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Er besitzt in all seinem Tun Gewohnheiten und Traditionen, die sehr ausgeprägt und eigener Art sind.

Kurzum, das Wesen, die Struktur und die Umstände, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden es weitgehend von den kontinentalen Staaten. Was soll man nun unternehmen, um Großbritannien mit seinen eigenen Lebens-, Produktions- und Handelstraditionen in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, so wie dieser nun einmal geschaffen wurde und wie er funktioniert?

Die Art der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Großbritanniens zum Beispiel – Einfuhr sehr billiger Lebensmittel aus Nord- und Südamerika und den ehemaligen Dominions bei gleichzeitiger beträchtlicher Subventionierung der englischen Landwirtschaft -, diese Art ist natürlich unvereinbar mit dem System, das die Sechs ganz natürlich für sich geschaffen haben.

...

Ich frage nochmals, wie kann man Großbritannien, so wie es ist, in dieses System einfügen? Man hat manchmal annehmen können, daß unsere britischen Freunde sich mit ihrem Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt so weit umstellen würden, daß sie sich alle Bedingungen auferlegen würden, die von den Sechs schon akzeptiert wurden und praktiziert werden.

Aber die große Frage ist und bleibt, ob Großbritannien sich gegenwärtig wie der Kontinent, und genauso wie dieser, in den Rahmen eines wahrhaft gemeinsamen Zolltarifs einfügen kann, ob es auf die Vorzugszölle gegenüber dem Commonwealth verzichten und aufhören kann, zu fordern, daß seine Landwirtschaft bevorzugt werden muß, ferner, ob es die Verpflichtungen für nichtig erklären kann, die es mit Ländern eingegangen ist, die seiner Freihandelszone angehören. Auf diese Frage allein kommt es an.

Man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig gelöst sind. Wird sie je gelöst werden? Großbri-

tannien allein vermag darauf eine Antwort zu geben.

Die Frage ist um so berechtigter, als nach Großbritannien auch andere Staaten, die mit ihm in der Freihandelszone verbunden sind, aus den gleichen Gründen gern dem Gemeinsamen Markt beizutreten wünschen oder möchten. ...

Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt all dieser sehr zahlreichen und verschiedenartigen Mitglieder jenen Problemen nicht lange gewachsen wäre, und schließlich würde es dann zu einem Koloß von atlantischer Gemeinschaft kommen in amerikanischer Abhängigkeit und unter amerikanischer Führung, der die Europa-Gemeinschaft aufsagen würde.

Das ist eine Hypothese (Folgerung), die in den Augen gewisser Leute durchaus richtig sein mag, aber es ist nicht das, was Frankreich gewollt hat und will, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion.<<

28.01.1963

Frankreich: Die französische Regierung verweigert am 28. Januar 1963 weitere Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (x128/-283).

28.02.1963

USA: Präsident John F. Kennedy erklärt am 28. Februar 1963 vor dem US-Kongreß (x272/-272-273): >>... "Unsere Verfassung ist farbenblind", schrieb der Bundesrichter Harlan vor der Jahrhundertwende, "sie kennt und duldet keine Klassen unter den Bürgern."

Doch die Praxis im Lande entspricht nicht immer den Grundsätzen der Verfassung, ... und die schädlichen kostspieligen und ungerechten Folgen der Rassentrennung und Diskriminierung zeigen sich in allen Bereichen unseres Lebens. ...

Das Negerkind, das heute in Amerika geboren wird – gleich, wo es zur Welt kommt -, hat nur halb soviel Chancen, die höhere Schule abzuschließen, wie ein weißes Kind, das am gleichen Ort und am gleichen Tag geboren wird; nur ein Drittel der Chancen, die Universität zu absolvieren, nur ein Drittel der Chancen, einen freien Beruf zu ergreifen, doch das zweifache Risiko, arbeitslos zu werden, eine um 7 Jahre geringere Lebenserwartung und die Aussicht, nur halb soviel zu verdienen.

Kein Amerikaner kann das Bild voll entschuldigen, erklären oder verteidigen, daß diese Statistiken ergeben.

Rassendiskriminierung hemmt unser Wirtschaftswachstum, denn sie verhindert, daß wir unsere Arbeitskraft maximal entfalten und nutzen. Sie beeinträchtigt unsere Führerrolle in der Welt, denn sie widerlegt bei uns zu Hause die Botschaft, die wir im Ausland verkünden.

Rassendiskriminierung verdirbt die Atmosphäre einer geeinten, klassenlosen Gesellschaft, in der unsere Nation zur Größe aufstieg. Sie erhöht die Wohlfahrtslasten, die Kriminalität, vor allem aber ist sie unrecht.<<

13.03.1963

BRD: Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentiert am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welch mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschlaferte oder ungeschulte und irregeleitete Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben.

Unabdingbar aber muß an der persönlichen Verantwortlichkeit jedes mit Befehlsgewalt über andere ausgestatteten Menschen festgehalten werden. In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.

An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten. ...<<

Polen: Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berichtet "Trybuna Ludu" am 13. März 1963 (x155/97): >>... Voraussetzung solcher Beziehungen war die Anerkennung der Endgültigkeit und der Unveränderlichkeit der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.<<

11.04.1963

Vatikan: Papst Johannes XXIII. bekräftigt am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... (Wir) betrachten ... mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. - Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

12.05.1963

USA: Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtet am 12. Mai 1963 über Rassenschranken in Atlanta, Georgia (299/185): >>... Der Chefarzt eines Negerkrankenhauses, indem auch Weiße aufgenommen werden, wenn sie das wünschen, nimmt an einer wissenschaftlichen Tagung teil; beim gemeinsamen Mittagessen wird er nicht bedient, weil das Hotel ... die Rassentrennung aufrechterhält. Unter Protest verläßt der schwarze Arzt, der überdies zufällig eine nahezu weiße Hautfarbe hat, die Tagung.<<

23.05.1963

UdSSR: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärt am 23. Mai 1963 in Moskau (x299/178): >>... Der Sieg der Revolution auf Kuba, daß nur 90 Meilen von dem größten Herd des Imperialismus entfernt ist, hat ein übriges Mal die Richtigkeit des unumstößlichen Prinzips des Marxismus-Leninismus bestätigt, daß die Imperialisten sich selbst unweigerlich ihr Grab schaufeln und ihre eigenen Totengräber hervorbringen. ...

Die kubanische Revolution konnte nur ausharren, weil sich in der Welt heute ein neues Kräfteverhältnis zugunsten der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker herausgebildet hat.<<

07.06.1963

USA: Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtet am 7. Juni 1963 über die Rassenschranken in den Südstaaten (x299/185): >>... In vielen Südstaaten ist es noch immer eine an das politische Stimmrecht geknüpfte Voraussetzung, daß der Wähler ... nachweisen (muß), daß er lesen und schreiben kann. Aber oftmals wird der Negerbevölkerung bereits das Erlernen der einfachsten Erziehungsgrundlagen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. ...

Auf dem Universitätsgelände von Oxford im Staate Mississippi ... kam es im Herbst vergangenen Jahres zu den bisher schlimmsten Ausschreitungen, die eine amerikanische Universität gesehen hat, (als Bundestruppen die Zulassung des Negerstudenten James Meredith zum Studium erzwangen).

Meredith hat sogar vor einigen Tagen ... mit zwei Weißen zusammen am Tisch gesessen und gegessen. Die polizeiliche Bewachung ... konnte sich in einer gewissen Distanz halten.<<

19.06.1963

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (25/1963) berichtet am 19. Juni 1963: >>DRESDEN: Sodom in Sachsen

Sieben Tage und acht Nächte lang stand die Stadt in Flammen. Ihre Menschen wurden verbrannt, erschlagen, vergiftet. Die berstenden Mauern begruben 135.000 Tote, 75.000 mehr als in Hiroshima.

Es war, wie es Mose im 19. Kapitel seines Ersten Buches beschreibt: "Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen. ... vom Himmel herab und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und ... was auf dem Lande gewachsen war."

Das Sodom lag in Sachsen. Den Part des alttestamentlichen Jehova spielte die Royal Air Force (RAF). In der Nacht zum Aschermittwoch, am 14. Februar 1945, warf sie 2.978 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Dresden.

Achtzehn Jahre nach dem Brand hat der britische Historiker und Journalist David Irving die "Anatomie dieser Tragödie" vorgelegt. Irving - Spezialität: der alliierte Bombenkrieg gegen Hitlers Großdeutschland - durchforschte britische Militärarchive, die Protokolle des Unterhauses, die Memoiren der englischen Luftwaffen-Gewaltigen und fuhr schließlich nach Dresden.

Das Ergebnis seiner Ermittlungen: Die Zerstörung Dresdens war ein sinnloser Terrorakt. Eine militärische Notwendigkeit für den Angriff bestand nicht: Dresden war weder ein Verkehrsknotenpunkt für Truppenverschiebungen noch ein Industriezentrum, in dem etwa kriegswichtige Waffen oder Geräte hergestellt wurden (David Irving: "The Destruction of Dresden").

Im Gegenteil: Die Deutschen waren von der Wertlosigkeit Dresdens als Bombenziel, der RAF so überzeugt, daß sie auf alle Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet hatten.

Der ohnehin geringe Schutz der Stadt durch Flak entfiel zum Zeitpunkt des Angriffs völlig, da die Kanonen zur Panzerbekämpfung an die Ostfront transportiert worden waren.

Das "jungfräuliche Ziel" (Irving) war indessen überfüllt von Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die sich just Dresden als Ziel ihrer Flucht ausgesucht hatten, weil sie sich in Sachsens Hauptstadt vor Bombenangriffen der Alliierten sicher wähnten. Flüchtlinge, - meist Frauen und Kinder, da die Männer bis zum Schluß in der oberschlesischen Schwerindustrie arbeiten mußten - stellten denn auch das Hauptkontingent der Opfer.

Angesichts der katastrophalen Folgen des Angriffs für die Zivilbevölkerung bezeichnete der englische Historiker Sir Harold Nicolson die Zerstörung Dresdens als "ein Unternehmen, das unserer Geschichte nicht würdig war". Und im links-liberalen "New Statesman" schrieb der Labour-Abgeordnete Richard Crossman, während des Krieges stellvertretender Leiter der Abteilung "Psychologische Kriegführung" im alliierten Hauptquartier: "Die Zerstörung Dresdens ... war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Schuldigen hätten vor die Nürnberger Gerichte gestellt werden sollen, wenn dieses Gericht nicht zu einem Racheinstrument der Alliierten pervertiert wäre."

Die Schuldigen freilich sind achtzehn Jahre später kaum noch auszumachen. Irving: "Die Schande liegt irgendwo in England." Mit anderen Worten: Auch ihm ist es nicht gelungen, die Schuldfrage einwandfrei zu klären.

Nach Kriegsende hatten sich der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill, sein Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair und der Oberbefehlshaber der Bomberkommandos Sir Arthur Harris sowie dessen Stellvertreter, Sir Robert Saundby, energisch gegen den Verdacht der Urheberschaft des Angriffs auf Dresden gewehrt.

Sir Winston in seinen Memoiren: "Ich erklärte, daß die Bomber sich doch mehr auf militärische Ziele konzentrieren sollten."

Sir Archibald ließ im Unterhaus erklären ""Wir verschwenden keine Zeit auf reine Terror-Angriffe."

Sir Arthur ("Bomber-Harris") schweigt. Verbittert emigrierte der Luftwaffen-Veteran 1946 nach Südafrika. Die englische Regierung hatte ihn nicht in die offizielle Kriegsehrenliste aufgenommen. Sir Robert aber erinnert sich in seinem Vorwort zu Irvings Buch: "Der Befehl

kam aus dem Luftfahrtministerium."

Tatsächlich gab es eher politische als militärische Gründe für die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt Sechs Wochen nachdem der deutsche Feldmarschall von Rundstedt in seiner Ardennen-Offensive die Westalliierten in Belgien zeitweilig zurückgedrängt hatte und wenige Tage vor Beginn der Jalta-Konferenz, auf der sich Stalin, Roosevelt und Churchill über die Aufteilung des Deutschen Reiches nach dessen Eroberung einigen wollten, war es der Roten Armee am 25. Januar 1945 gelungen, die Oder zu überqueren.

Churchill fürchtete um die westliche Verhandlungsposition. Seinem Luftfahrtminister Sinclair gab er Order, die RAF solle demonstrativ eine deutsche Stadt nahe der Ostfront angreifen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß die sowjetischen Erfolge auch der aktiven Waffenbruderschaft der Westalliierten zu danken seien.

Sir Archibald erwiderte: Die erfolgreichen RAF-Angriffe auf deutsche Brennstofflager sollten tunlichst nicht unterbrochen werden. Außerdem wies der Minister seinen Premier darauf hin, daß die englischen Flieger bei Angriffen auf ostdeutsche Städte mehrere hundert Kilometer feindliches Gebiet überfliegen müßten.

Sir Winston tobte. Und Sir Archibald (Crossmann: "Er war nie für viel Zivilcourage bekannt") erließ Order, sich mit den Amerikanern über eine Bombardierung des Flüchtlingszentrums Dresden abzustimmen.

Die Wetterbedingungen für den langen Flug über Feindesland waren freilich ungünstig. Erst nach Beendigung der Jalta-Konferenz am 11. Februar würde, wie die Meteorologen der Bomberkommandos voraussagten, ein Angriff auf Dresden möglich sein. Damit aber hatte der Angriff sein politisches Ziel verpaßt, die Russen in Jalta mit der Schlagkraft der alliierten Luftwaffe zu beeindrucken.

Gleichwohl wurde der Befehl nicht storniert. Am 12. Februar schließlich meldeten die Wetterfrösche der RAF, am folgenden Tag würden die atmosphärischen Bedingungen einen Angriff auf Dresden ermöglichen. In Moskau informierte der amerikanische Militärattaché, Generalmajor Hill, die Sowjets von der Absicht der Anglo-Amerikaner, die Güterbahnhöfe Dresdens zu bombardieren. Die Russen, zu deren Operationsgebiet Dresden gehörte, zeigten sich gleichgültig.

Mittlerweile hatte Luftwaffenchef Harris seine Angriffspläne fertiggestellt. Die Attacke sollte in drei Wellen ablaufen. Die Rettungsarbeiten nach dem ersten Angriff würden durch den zweiten unmöglich gemacht werden. Überdies würde die Zerstörung der Telephon- und Telegraphenleitungen Dresdens durch den ersten Angriff jeden Versuch, die Stadt vor dem zweiten Angriff zu warnen, vereiteln. Ein dritter Angriff durch die Amerikaner sollte schließlich das Chaos vervollständigen.

Um 17.30 Uhr am 13. Februar starteten die ersten Einheiten der Zielbomber, deren Aufgabe es war, die zu bombardierende Fläche durch Zielwürfe abzustecken. Eine halbe Stunde später erhob sich die erste Welle - 244 Bomber vom Typ Lancaster - in die Luft.

Sie erreichte Dresden am 13. Februar, abends um 10 Uhr 10 Minuten und 30 Sekunden. Sie überflog eine nicht gewarnte Stadt. Denn der deutsche Luftwarndienst war überzeugt, daß Dresden als Angriffsziel wertlos sei. Nur die Bevölkerung von Leipzig war gewarnt worden, als die Flugzeuge immer tiefer nach Deutschland einflogen.

Von einer deutschen Luftwaffe konnte zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon keine Rede mehr sein. Ein bei Dresden stationierter Nachtjagdverband erhielt den Startbefehl viel zu spät. Während sich die deutschen Jäger vom Typ Me 110 in die Höhe der englischen Maschinen kurbelten, fielen bereits die ersten Bomben.

Alles verlief "mit grauenvoller Präzision" (Irving). Der Zielbomber zum Kontrollflugzeug: "Die Bomben scheinen jetzt richtig zu fallen." Das Kontrollflugzeug zum Zielbomber: "Ja. Es sieht recht gut aus." Elf Minuten später, um 10.21 Uhr, funkten die Bomber ihren Heimatsta-

tionen: "Ziel erfolgreich angegriffen."

Die zweite Welle - 529 Lancaster erreichte Dresden um 1 Uhr 23 Minuten am 14. Februar. Für den Anflug benötigten die Maschinen keine Ortungsgeräte: Flammen wiesen ihnen bereits aus 70 Kilometer Entfernung den Weg.

Entsetzt beobachtete der Chefbomber den Feuersturm in der Stadt, den ein frischer Südwestwind noch begünstigte. Die Flammen behinderten freilich auch die Sicht auf das Zielgebiet. So steckte die zweite Gruppe ein zweites Zielgebiet ab. "Es war das erste Mal", erinnert sich ein britischer Flieger, "daß mir die Deutschen leid taten." Und ein jüdischer Pilot fügte hinzu: "Ich fühlte zum erstenmal Mitleid mit der Bevölkerung."

Sogar das britische Luftfahrtministerium war von dem Ausmaß der Zerstörung überrascht. Es erklärte in einem Kommuniqué, die Flammen seien nach dem zweiten Angriff über 300 Kilometer weit sichtbar gewesen. Die Engländer hatten über der Stadt 650.000 Brandbomben abgeworfen.

Am Morgen des 14. Februar folgte ein dritter Angriff, ausgeführt von der amerikanischen Luftwaffe. Mustang-Jäger schossen auf Flüchtlinge, die sich aus der brennenden Stadt zu retten suchten, auf Kraftwagen und sogar auf die ausgebrochenen Tiere des Dresdner Zirkus Sarasani.

Freilich: Die Briten und Amerikaner wurden ihres Erfolges nicht froh. Was Zeitungen aus neutralen Ländern über die Wirkung der drei Angriffswellen berichteten, wurde in der englischen Presse nachgedruckt. Der Bischof von Chichester, Bell, und der Labour-Abgeordnete Stokes protestierten öffentlich.

Luftwaffenminister Sir Archibald Sinclair ging zum Gegenangriff über. Er ließ im Unterhaus auf eine Frage des Abgeordneten Stokes antworten: "Es ehrt das Ehrenwerte Mitglied dieses Hauses nicht, wenn es hierher kommt und uns einreden will, eine Menge Luftmarschälle und Piloten säßen irgendwo und überlegten, wie sie möglichst viele deutsche Frauen und Kinder töten können."

Abermals wurde Dresden von den Westalliierten zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum und sogar zum Standort des deutschen Hauptquartiers befördert. Und ebenso rasch wurde die - falsche - Meldung verbreitet, der Angriff auf Dresden sei auf Bitten der Sowjets geflogen worden. Dabei hatte der Dresdner Bahnhof so wenig Schaden erlitten, daß drei Tage später der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Die deutsche Führung nutzte den Angriff in ihrer Weise. In deutschen Rundfunksendungen für Großbritannien zählte der amerikanisch-irische Kollaborateur William Joyce ("Lord Haw-Haw") die Kunstschatze auf, die in Dresden zerstört wurden.

Dagegen die englische BBC: "In Dresden gibt's kein Porzellan mehr." ...<<

26.06.1963

West-Berlin: Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besucht am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin.

Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigt Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").

US-Präsident John F. Kennedy erklärt während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.

Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein sollten. ...

Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ... Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:

Auch ich bin ein Berliner!<<

08.07.1963

BRD: Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.

Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.

Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.

Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenüberung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.

Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzingener Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

01.09.1963

China: Ein Regierungssprecher der Volksrepublik China erklärt am 1. September 1963 (x299/180): >>... Die Atombombe ist ein Papiertiger. ... Genosse Mao Tse-tung hat (1946) mit dieser marxistisch-leninistischen These rechtzeitig das atomare Erpressungskomplott der USA-Imperialisten aufgezeigt und das chinesische und die anderen revolutionären Völker dagegen bewaffnet.

In den siebzehn Jahren seitdem haben die Völker mit ihren Revolutionskriegen gegen die Angriffe und Versklavungsversuche der Imperialisten und ihrer Lakaien einen Sieg nach dem anderen davongetragen. ...

Die USA-Imperialisten können durch Einsatz von Kernwaffen den revolutionären Kampf der Völker nicht verhindern, weil sie sich sonst politisch völlig isolieren; militärisch wird der Einsatz von Kernwaffen durch deren ungeheure Zerstörungskraft beschränkt, so daß in Bürger- und nationalen Unabhängigkeitskriegen, die durch den verworrenen Verlauf der Fronten und Nahkämpfe gekennzeichnet sind, der Einsatz von massenmörderischen Kernwaffen beiden kriegführenden Seiten Verluste zufügen würde.

Kennedy gestand in seiner Rede vom 16.12.1959 ein, daß die USA ihre Kernwaffen "nicht in einem Krieg an der Peripherie von der Art eines 'Buschfeuers' einsetzen könne. Sie wurden weder in Korea noch in Indochina, Ungarn, im Suez-Krieg, im Libanon, auf Quemoy (zu Taiwan gehörende Insel), in Tibet oder Laos angewandt.

Kurz gesagt, man kann die Kommunisten damit nicht hindern, den Rand des Territoriums und die Macht der Freien Welt anzunagen, bis die Sicherheit unseres Landes stetig und Stück um Stück abgebröckelt ist."

Es ist daher klar, daß die revolutionären Völker in ihren Revolutionen siegen können, wenn sie sich bloß nicht von der nuklearen Erpressung der Imperialisten schrecken lassen und in

ihrem gerechten Kampf ausharren.<<

26.09.1963

BRD: Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtet am 26. September 1963 über die Folgen von bisherigen Kernwaffenversuchen (x299/176): >>... In den Knochen gewisser in Schweden und Kanada lebender Rentiere ist das Drei- bis Vierfache der für den Menschen tödlichen Dosis von Strontium 90 und Caesium festgestellt worden. ...

Studien über die Auswirkungen von Atombombenexplosionen auf die Tierwelt haben ergeben, daß die Flechten, von denen sich Rentiere ernähren, besonders mit radioaktivem Material angereichert werden. Menschen, die das Fleisch von Rentieren verspeisen, könnten auf diese Weise ebenfalls eine tödliche Dosis aufnehmen.<<

04.10.1963

China: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 4. Oktober 1963 über die chinesische Propaganda zur Entwicklungshilfe in Afrika (x191/204): >>... Wir können euch, den Afrikanern, nicht soviel Geld geben wie die weißen Teufel, die sich an euch und an uns bereichern haben und nun euch kaufen und auf diesem Wege neu kolonisieren wollen.

Was wir euch geben können, ist unsere brüderliche Solidarität und das Beispiel eines Volkes, das sich aus eigener Kraft entwickelt und zur modernen Großmacht aufsteigt.<<

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschüttert damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen finden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.

Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).

Lyndon B. Johnson wird wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärt, Kennedys Politik fortzusetzen.

Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wird 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachtbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.

Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.

Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...

Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."

Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?

Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.

Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?

Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.

Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals aus dem Fenster.

Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dallas" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.

Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.

Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?

Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).

Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x342/40-43): >>Mister X packt aus

_ von Jürgen Elsässer

... Operation Northwoods

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschuß gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.

Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urhebererschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschluß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:

"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen. Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."

Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy übergab den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.

Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.

Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwickelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles' alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen

Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neokonservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

20.12.1963

BRD: In Frankfurt beginnt am 20. Dezember 1963 ein Prozeß gegen 21 ehemalige Wachleute des KZ Auschwitz.

21.12.1963

BRD: Die Zeitung "Gießener Freie Presse" berichtet am 21./22. Dezember 1963 über einen Prozeß wegen der Ermordung einer vierköpfigen jüdischen Familie im November 1939 (x299/124): >>... Am Freitag sind nach siebentägiger Verhandlung vor dem Stuttgarter Schwurgericht die Urteile gesprochen worden.

Der 58 Jahre alte ... wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes an der vierköpfigen jüdischen Familie Haase im November 1939 im besetzten Polen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der 45jährige ... erhielt wegen des gleichen Verbrechens zehn Jahre Zuchthaus.<<

1963

BRD: Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklären in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

Jugoslawien: Der jugoslawischen Politiker und Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995) schreibt im Jahre 1963 über die Schwächen der kommunistischen Planwirtschaft (x149/135): >>Die kommunistische Planwirtschaft birgt eine Anarchie besonderer Art in sich. Obwohl sie geplant ist, ist die kommunistische Wirtschaft wahrscheinlich die verschwenderischste Wirtschaft in der Geschichte der Menschheit. ...

Das Fehlen jeder Art Kritik, ja selbst jeder Art ernstgemeinter Vorschläge führt unweigerlich zur Vergeudung und Stagnation. Gerade wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Allmacht können Unternehmungen, bei denen Vermögen verschleudert werden, selbst bei den besten Absichten nicht vermieden werden.

Man kümmert sich aber wenig darum, wieviel solche Unternehmungen die Gesamtwirtschaft kosten. Wieviel kostet das Volk eine vernachlässigte Landwirtschaft?

Wieviel kostet das tote Kapital, das in unergiebigem Industrien angelegt wird? ...

Wieviel kosten unterbezahlte Arbeiter, die systematisch faulenzten?

Wieviel kostet schlechte Qualität in der Produktion?

Diese Kosten können nicht berechnet, sie können nicht einmal geschätzt werden. ...<<

China: Die Parteiführung der Volksrepublik China schreibt im Jahre 1963 an das sowjetische ZK der KPdSU (x149/119): >>... Man darf die friedliche Koexistenz nicht als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnen, und noch viel weniger darf man sagen, daß die friedliche Koexistenz der Weg der ganzen Menschheit zum Sozialismus sei. Denn es ist eine Sache, die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Es ist völlig unzulässig und auch völlig unmöglich, daß die friedliche Koexistenz auch nur ein Härchen der Gesellschaftsordnung der koexistierenden Staaten krümmen kann.

Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sind eine andere Sache. Diese Kämpfe stellen alle scharfe revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod zur Änderung der Gesellschaftsordnung dar.

Die friedliche Koexistenz kann keinesfalls den revolutionären Kampf der Völker ersetzen.<<

1964

"Du Papi, warum heißt denn der Trabant 601 Trabant 601?"

"Weil ihn 600 bestellt haben und einer kriegt ihn."

Flüsterwitz in der DDR

16.03.1964

USA: US-Verteidigungsminister McNamara schreibt am 16. März 1964 im "Süd-Vietnam-Bericht" für Präsident Johnson (x299/180-181): >>... Wir streben ein unabhängiges, nicht-kommunistisches Süd-Vietnam an. Wir verlangen nicht, daß es dem Westen als Stützpunkt diene oder ein Mitglied des westlichen Bündnisses werde. Es muß Vietnam jedoch freistehen, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit erforderlichenfalls Hilfe von außen anzunehmen. Diese Hilfe sollte möglichst nicht nur in Form von wirtschaftlichen und sozialen Pressionen gegeben werden, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe zur Ausrottung und Bekämpfung aufständischer Elemente umfassen.

Wenn wir dieses Ziel in Süd-Vietnam nicht erreichen, wird voraussichtlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit den Kommunisten arrangieren, um einen wirksamen US- und antikommunistischen Einfluß zu beseitigen (Burma). ... Thailand hielte sich mit unserer Hilfe vielleicht noch einige Zeit, würde aber unter schwerem Druck stehen. Selbst die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Bedrohung Indiens im Westen, Australiens und Neuseelands im Süden und Taiwans, Koreas und Japans im Norden würde erheblich wachsen. ...

(Dies zeigt) die Bedeutung, die ein kommunistisches Süd-Vietnam nicht nur für Asien, sondern auch für die übrige Welt hat, wo der Süd-Vietnamkonflikt als Testfall für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten gilt, einer Nation in ihrer Abwehr eines "Befreiungskrieges" Hilfe zu leisten.<<

22.03.1964

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschließt am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...

3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.

4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertrei-

bungen. ...

7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...

10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.

11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.

12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...

13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärt am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

28.05.1964

Iran: Der spätere iranische Schiitenführer (Ayatollah) Ruhollah M. Khomeini (1902-1989) erklärt am 28. Mai 1964 (x073/331): >>... Die Welt soll es wissen, daß alle Probleme des iranischen Volkes und aller moslemischen Völker durch Fremde, durch die Amerikaner, verursacht worden sind.

Die islamischen Völker hassen all diese Fremden und Amerikaner ganz besonders. Das Elend der islamischen Völker beruht auf der Einmischung von Fremden in ihre Angelegenheiten. Es sind Fremde, die unsere wertvollen Bodenschätze ausgeplündert haben und immer noch ausplündern. ...

Es ist Amerika, das uns unsere Abgeordneten direkt oder indirekt aufzwingt. Es ist Amerika, das den Islam und den Koran als für seine Interessen schädlich betrachtet und zu beseitigen versucht. ... Es ist Amerika, das unser islamisches Volk wie Untermenschen und schlimmer behandelt.

Das islamische Volk ist verpflichtet, diese Ketten zu sprengen. ... Alle Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert, ihre kleinen Querelen untereinander zu überwinden und sich auf dem heiligen Weg zur nationalen Souveränität und Beseitigung aller Unterdrückung zu mobilisieren. ...

Das Ziel aller geistlichen Führer und islamischen Gelehrten ist eins: Und das ist eine absolute Bejahung der heiligen Gesetze des Islams und Korans sowie uneingeschränktes Engagement für die Sache aller Moslems.<<

01.06.1964

Palästina: Der Erste Palästinensische Nationalrat beschließt am 1. Juni 1964 die Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (x175/577).

Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verkündet damals (x243/254): >>Die bewaffnete Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, um die zionistische und imperialisti-

sche Invasion vor der großen arabischen Heimat abzuwehren.

Die Teilung Palästinas aus dem Jahre 1947 und die Gründung Israels sind von Grund auf nichtig. Denn sie widersetzen sich dem Willen des palästinensisch-arabischen Volkes und seinem natürlichen Recht auf seine Heimat; sie widersprechen den Grundsätzen der Vereinten Nationen, vor allem dem Recht auf Selbstbestimmung. ...

Das arabisch-palästinensische Volk ... weist alle Lösungen, die einen Ersatz für die vollständige Befreiung Palästinas darstellen, zurück. ...<<

08.06.1964

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

14.07.1964

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 14. Juli 1964 über den "Pseudokommunismus Chruschtschows" (x299/158): >>Chruschtschow bezeichnet den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen "ordentlichen Teller Gulasch".

Im Kopf Chruschtschows ... (ist) sein Ideal bloß eine bürgerliche Spießergesellschaft. Das Urbild seines "Kommunismus" findet Chruschtschow in den USA. ... Es ist nur ein anderer Name für Kapitalismus.<<

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/331-336): >>**Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf**

Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schenkt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).

Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.

... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.

Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennütigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.

In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhältigen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...

Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."

Alles erstunken und erlogen.

Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vizepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer. Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.

Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.

Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des 6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.

Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt. Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequenter kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)

Nun aber volle Kraft voraus.

Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Februar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht." Denn die ganze Bluttrunst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...

War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:

"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."

Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.

Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische

Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.

Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar etwas Marine-Infanterie folgen lassen.

Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.

Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte. Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.

Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.

Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinahe lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...

Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können.

...<<

04.09.1964

Asien: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 4. September 1964 (x191/205):

>>... Eines der besten Geschäfte in Asien ist der Vertrieb von Fahrrädern. ...

Warum ist der Bedarf so groß?

Der Eingeborene kauft ein Fahrrad und benutzt es, bis es in Stücke zerfällt. Daß Maschinen aller Art, ob einfach oder kompliziert, saubergehalten, geölt und regelmäßig überprüft werden müssen, will ihm nicht in den Kopf.<<

10.09.1964

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

11.09.1964

China: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 11. September 1964 über Maos Erklärung an die Sowjets im August 1964 (x299/159): >>Die Sowjetunion hat zu viel Platz besetzt.

In Übereinstimmung mit dem Abkommen in Jalta hat die Sowjetunion unter dem Vorwand der Sicherung der Unabhängigkeit der Mongolei in Wirklichkeit dieses Land unter seine Herrschaft gestellt. ... (Es folgt die Aufzählung der russischen Eroberungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg) ...

Etwa vor hundert Jahren wurde das Gebiet östlich des Baikalsees ein Territorium Rußlands. ... Wir haben unsere Rechnung in dieser Angelegenheit noch nicht präsentiert.<<

September 1964

USA: Im September 1964 wird der sog. "Warren-Bericht" über das Attentat auf US-Präsident Kennedy veröffentlicht. Dieser umstrittene Bericht der Obersten US-Bundesrichter, der eine Verschwörung ausschließt, wird bis zum heutigen Tag angezweifelt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Warren-Report" (x068/325-327): >> Kennedy - und vielleicht spricht nichts so für ihn - hatte viele Feinde, mächtige Feinde, und Feinde auf der ganzen Welt, die erbittertsten aber wohl in den Vereinigten Staaten.

Wer hat ihn umgebracht?

Die Mutmaßungen darüber, die Spekulationen, Theorien, die Bücher reißen nicht ab; bereits in den sechziger Jahren waren es allein in den USA schon mehr als fünfzig.

Man hat behauptet, die CIA habe ihn gekillt, da er sich mit Fidel Castro versöhnen wollte. Doch man behauptet auch, Castro ließ Kennedy ermorden, weil Kennedy Castro ermorden lassen wollte, gleich nachdem das Abenteuer in der Schweinebucht gescheitert war. Andere führen die Meucheltat auf den Teamster-Gewerkschafts-Boss Jimmy Hoffa zurück, wieder andere auf das FBI, auf die Mafia, die Exilkubaner, die texanischen Ölbarone, auf die Polizei von Dallas, das militärische Establishment, auch auf ein Komplott mehrerer Staatsinstitutionen, der Rechtsradikalismus wird genannt, der sowjetische Geheimdienst, Rassenfanatiker werden beschuldigt, Kommunisten.

Ja, wäre nicht sogar Präsident Johnson, der Nachfolger, motiviert gewesen, wie es die Satire MacBird in Erinnerung an den schottischen König Macbeth suggeriert, der seinen Vorgänger Duncan I. beseitigt hat?

Lyndon B. Johnson, zwei Stunden nach dem Attentat im Präsidentenflugzeug als neuer Präsident vereidigt, setzte eine Woche später eine Sonderkommission unter dem 73jährigen Obersten Bundesrichter Earl Warren zur Klärung der Hintergründe von Kennedys Ermordung ein. Der Warren-Report - 900 Seiten in der Originalausgabe nebst 26 Anhang-Bänden - wurde unter zeitlichem (wohl auch sonstigem) Druck erstellt und ist bekanntlich alles andere als lückenlos oder gar stichhaltig, auch wenn ihn die Weltpresse weithin und uneingeschränkt und natürlich auch meist ungeprüft akzeptiert hat.

Dabei war doch schon seltsam, daß Earl Warren (Oberster Bundesrichter) in einer Pressekonferenz noch während der Arbeit seiner Kommission erklärte: "Das Beweismaterial wird vermutlich zu Ihren Lebzeiten nicht veröffentlicht werden und ich meine das ernst. ... Es ist eine Sache der nationalen Sicherheit".

Erinnert dies nicht etwas an den Fall Lincoln, an den so manches doch im Fall Kennedy erinnert? Ließ man nicht damals schon Papiere verschwinden im sogenannten nationalen Interesse?

Die siebenköpfige Warren-Kommission war auch keinesfalls unparteiisch. Nicht nur mit dem Republikaner Gerald R. Ford, dem späteren Präsidenten, sondern auch mit dem Rockefeller-Vertrauten und Weltbankchef McCloy, ja, mit einer so sinistren (unheilvollen) Figur wie dem einstigen CIA-Direktor Allen W. Dulles, den Kennedy von Anfang an hatte feuern wollen, ohne es freilich zu wagen. Schon an dieser Besetzung mag es liegen, daß Bertrand Russell den Bericht, noch ohne ihn zu kennen, als "erbärmlich untauglich", als "schandbares Machwerk" disqualifiziert hat.

Der Warren-Report kommt zu dem Ergebnis, daß Oswald der alleinige Mörder war und von keinerlei Konspiration zwischen ihm und anderen Personen oder Mächtigkeitsgruppen zur Beseitigung des Präsidenten gesprochen werden könne; was jedoch viel weniger bewiesen als behauptet wird.

Es kommt hinzu, daß die Kommission sehr häufig von Berichten der Dallas-Polizei, der CIA und des FBI abhing, die sämtlich selbst in den Mordfall verstrickt waren, auch in Oswalds

Ermordung, die weder das eine noch das andere verhindert, aber alles darauf abgestellt haben, Oswald zum Sündenbock zu machen, obwohl man bis heute nicht einmal ein auch nur halbwegs überzeugendes Motiv für ihn vorweisen kann.

Die zuständigen Behörden führten 27.000 Vernehmungen durch, doch der ganze Fall steckt voller Ungeklärtheiten, Mystifikationen, Verdunkelungen. Schon der angebliche oder wirkliche Mörder Lee Harvey Oswald ist eine Figur wie aus einem Superthriller: ein einstiger amerikanischer Marinesoldat mit deutschem Namen, der in die Sowjetunion zieht, in Minsk die Tochter eines KGB-Obersten heiratet, nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt, hier eine "Starthilfe des State Department" bekommt, überhaupt laufend aus den USA (mit kleinen Beträgen) finanziert wird, auch als Arbeitsloser dauernd Geld hat, auch ständige Kontakte hat mit dem FBI, auch kurz vor dem Attentat in Dallas FBI-Agenten trifft und wahrscheinlich selbst ein FBI-Agent war.

Daß der angebliche oder wirkliche Mörder, offenbar nur, um ihn für immer verstummen zu lassen, bald darauf selbst ermordet wird, ist nicht im geringsten merkwürdig. Sehr merkwürdig aber, daß ihn die deshalb gewarnte, und zwar gleich dreimal gewarnte Polizei von Dallas nicht besonders geschützt hat. Daß Oswald in einem 30 Stunden langen Verhör trotz Folterungen bis zuletzt beteuert, nicht auf den Präsidenten geschossen zu haben, ist vielleicht nicht so merkwürdig. Aber ist es nicht wirklich merkwürdig, dass keinerlei Aufzeichnungen über das Verhör bestehen?

Natürlich ließ sich die Warren-Kommission Bericht erstatten. Doch ihr 900 Seiten umfassender Report enthält darüber nur sieben magere Seiten, obwohl die langen, pausenlosen Vernehmungen im Beisein nicht weniger Kriminalisten aus Dallas, Leuten des Sicherheitsdienstes, Ermittlungsbeamten des FBI wohl mehr hätten ergeben müssen. ...<<

14.10.1964

BRD: Die "Rhein-Neckar-Zeitung" berichtet am 14. Oktober 1964 (x191/204): >>... Der Generalsekretär des Außenministers von Mali begrüßte in Ostberlin die Mauer.

Wie das SED-Zentralorgan berichtet, sagte Keita: "Wir sind stolz darauf, daß unsere Freunde der DDR trotz aller Provokationen mit viel Geduld und Kaltblütigkeit den Frieden an dieser Stelle sichern."

Seit 1961 erhielt Mali von der Bundesrepublik Kapitalhilfefzusagen in Höhe von 25,7 Millionen DM.<<

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow wird am 14. Oktober 1964 gestürzt und muß zurücktreten.

Leonid Breschnew (1906-1982, seit 1964 Staats- und Parteichef) und Alexej Kossygin (1904-1980, seit 1964 Ministerpräsident) übernehmen danach die Führung der sowjetischen Regierung.

26.10.1964

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deut-

schen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.

4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschul学生 wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.

Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<